

26. MAI 1959



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 81831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/115 - 26. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Auf was wartet die westdeutsche Delegation noch ? Bericht aus Genf	44
2	Deutsche Hilfe für Entwicklungsländer Von Heinrich G. Ritzel, MdB	45
3	Gefahr an Leib und Leben ... Radioaktiv verseuchtes Regenwasser - Dänemark richtet Warnstationen ein	36
4	Treffen der Weltpresse in Berlin Im "Verlagshaus Grunewald" wird für 230 Journalisten vorgesorgt	34
5	Martha Fuchs - Oberbürgermeisterin in Braunschweig Zweite deutsche Großstadt erhält weibliches Stadtoberhaupt	34
6 - 7	Jugend in der Obhut der AWO Eindrücke aus einem Flüchtlingslager	75

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Auf was wartet die westdeutsche Delegation noch ?

G.K., Genf

Die Montagssitzung der Genfer Außenminister-Konferenz brachte insofern eine Überraschung, als Gromyko nach den üblichen heftigen Angriffen auf die Politik der Bundesregierung plötzlich einen Vorschlag unterbreitete, der außerhalb der westdeutschen Delegation erhebliches Aufsehen erregte. Gromyko regte an, gesamtdeutsche Komitees (Kommissionen) zu bilden, die in Funktion einer Empfehlung der vier Großmächte im Rahmen von Verhandlungen über einen Friedensvertrag die Arbeit aufnehmen sollen. Gleichzeitig sollten sich die vier Großmächte verpflichten, derartige Verhandlungen von gesamtdeutschen Kommissionen aktiv zu unterstützen.

Wenn die Westmächte in irgendeiner Form diese Anregung Gromykos aufgreifen, würde man damit den Punkt der Genfer Außenminister-Konferenz erreicht haben, von dem ausgehend wirkliche Verhandlungen über die Lösung des deutschen Problems möglich wären. Derartige Verhandlungen einer gesamtdeutschen Kommission könnten innerdeutsche Fragen zum Gegenstand haben und mindestens dazu führen, daß im Auftrag der vier Großmächte Vertreter der beiden deutschen Delegationen Vorschläge ausarbeiten, die dann den großen Vier zur weiteren Behandlung vorgelegt werden. Das wäre ein bescheidener Anfang, wenn man sich nicht damit begnügen will, weiter auf der Stelle zu treten.

Es ist möglich, daß die durch den Tod von John Foster Dulles eingetretene Konferenzpause aber auch Gelegenheit bietet, ein anderes Problem wieder in den Vordergrund zu bringen, das am Ende der vergangenen Woche bereits Gegenstand von Besprechungen war, dann aber wieder in den Hintergrund geschoben wurde. Das ist die Frage der militärischen Entspannung in Mitteleuropa, die bisher immer nur andeutungsweise berührt wurde, von der man jedoch weiß, daß sie in sogenannten Privatgesprächen zwischen den Mitgliedern der einzelnen Delegationen nach wie vor erörtert wird.

Aber gerade in diesem Punkt erwartet alles eine Initiative der westdeutschen Delegation. Dort ist ebenfalls bekannt, daß die Konferenz versacken wird oder - was dasselbe wäre - mit der Bestätigung des Status quo enden würde, wenn von westdeutscher Seite aus kein Ansatzpunkt für eine Erörterung dieses Problems geschaffen wird.

Die Erklärungen Außenministers von Brentano vor dem außenpolitischen Ausschuß des Bundestages lassen in keiner Weise eine derartige Absicht der Bundesregierung erkennen. Ganz gleich, wie sich die Genfer Außenminister-Konferenz weiter entwickeln sollte - zwei Tatbestände müssen jetzt schon festgehalten werden: Erstens der Verzicht der westdeutschen Delegation auf die vielen und zuletzt durch Gromyko erfolgte Anregung zur Bildung gesamtdeutscher Kommissionen einzugehen, zweitens der Verzicht der westdeutschen Delegation, von sich aus das Problem der militärischen Entspannung in Mitteleuropa ins Spiel zu bringen.

Deutsche Hilfe für Entwicklungsländer

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Der Bundestag wird bei der Beratung des Haushaltsplanes 1959 auch über eine Erhöhung der Bundesgarantien für Lieferungen an Entwicklungsländer in Asien und Afrika zu entscheiden haben. Ursprünglich war ein Engagement des Bundes bis zum Betrage von einer Milliarde DM vorgesehen. Es entsprach durchaus dem von sozialdemokratischer Seite wiederholt geäußerten Wunsch, daß sich die Bundesregierung entschloß, den Betrag dieser Garantie auf zwei Milliarden DM zu erhöhen. Es ist kaum anzunehmen, daß der Bundestag diesem Bemühen widerspricht, umso mehr, als im Sinne einer Aussprache, die im Haushaltsausschuß mit dem Bundeswirtschaftsminister stattfand, auch die nötigen Rückendeckungen in Bezug auf die Sicherheit eines deutschen wirtschaftlichen Engagements getroffen werden sollen.

Unabhängig hiervon wird sich während der Haushaltsberatungen die Frage eines Direkteinsatzes von Mitteln zu Gunsten der Entwicklungsländer erneut stellen. Es wäre zuviel behauptet, wenn man sagen wollte, daß die bisherigen deutschen Leistungen und speziell ihre praktische Abwicklung befriedigend gewesen seien. Bisher hat der Bundestag, teilweise unter Ablehnung weitergehender Anträge der Sozialdemokraten, folgende Summen bewilligt:

im ordentlichen Haushalt 1956	50.000.000 DM
im ordentlichen Haushalt 1957	30.533.600 DM
im außerordentlichen Haushalt 1957	19.366.400 DM
zusammen also:	<u>100.000.000 DM.</u>
	=====

Im Rechnungsjahr 1958 wurden nur 50.000.000 DM im außerordentlichen Haushalt bewilligt, während im ordentlichen Haushalt keine Bewilligung erfolgte. Doch diese 50.000.000 DM des außerordentlichen Haushaltes waren bis vor kurzem noch nicht zur Verwendung freigegeben. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß nach einer Feststellung vom 17. April 1959 28.141.071 DM ausgegeben worden waren, während die Riesensumme des Restes von rund 120 Millionen DM zu großen Teilen wohl verplant und damit in gewissem Umfang festgelegt ist, aber noch nicht die dringend erwünschte Wirkung erzielen konnte.

Deutsche Bundestagsabgeordnete haben wiederholt die Entwicklungsländer besucht. Delegationen der Entwicklungsländer kommen fast am laufenden Band zu Besuch nach Bonn. Es wird Sache des Bundestages sein, bei der Beratung des Haushalts 1959 von der Bundesregierung eine klare Antwort auf die Frage zu verlangen, in welchem Umfang die Regierung den Wünschen des Parlamentes durch die Tat entsprechen hat, und welche Gründe dafür vorliegen, daß eine so zögernde Verwendung bewilligter Beträge erfolgt. Mehr als in jedem anderen Falle gilt hier der Satz, daß doppelt gibt, wer schnell gibt. Wir brauchen nicht in erster Linie besondere Presseattachés des Bundespresse- und Informationsamtes im Ausland, sondern wir sollten nach dem Willen des Bundestages beweisen, wie ernst es uns ist, um den Menschen und der Wirtschaft in den Entwicklungsländern wirklich zu helfen.

Gefahr an Leib und Leben ...

mu. - Zum ersten Mal ist in der Welt in einem bestimmten Gebiet der Genuß von Regenwasser wegen zu starker Radioaktivität verboten worden. Die Regierung in Kopenhagen mußte der Insel Saltholm, die zwischen der Dänischen Hauptstadt und dem schwedischen Malnö im Öresund liegt, den Genuß von in Zisternen aufgefangenem Regenwasser untersagen.

Radioaktivitätsmessungen der Kopenhagener Universität hatten Anfang Mai in den Niederschlägen eine so starke Zunahme der Radioaktivität festgestellt, daß bei einem Genuß des Wassers für die Bevölkerung der Kopenhagener Ausflugsinsel Gefahr an Leib und Leben entstanden wäre. Die dänische Regierung mußte gleichzeitig die Versorgung der Insel Saltholm mit Trinkwasser aus dem Kopenhagener Netz anordnen. Auf der Insel gibt es kein natürliches Grundwasser. In ihrem Untergrund ist nur Salz- und Brakwasser zu finden.

Zum ersten Mal in der Welt ist auch ein Staat dabei, ein dichtes Netz von radioaktiven Warn- und Kontrollstationen einzurichten. Die dänischen Zivilverteidigungsbehörden bauen im ganzen Land 400 Kontrollstellen auf. In diesen Stationen sollen Radioaktivitätsmessungen in kurzen Abständen regelmäßig vorgenommen werden, um die Bevölkerung vor radioaktiven Strahlungen und Niederschlägen warnen zu können, wenn die übliche Toleranzdosis überschritten worden ist.

Die Regierung in Kopenhagen hat sich zu diesem umfassenden Warndienst entschlossen, nachdem die Radioaktivität im letzten Herbst in Skandinavien vorübergehend um das Zehnfache der normalen Strahlungintensität anstieg. Damals haben die skandinavischen Gesundheitsbehörden festgestellt, daß Niederschläge nicht getrunken werden und möglichst auch nicht dem Vieh zum Saufen gegeben werden durften. Dort, wo es kein natürliches Grundwasser gab, wurde die Bevölkerung auf abgelegenen Inseln und Küstenbezirken angewiesen, das Regenwasser zu filtern.

Ausgangspunkt für die Einrichtung der 400 Kontrollstationen in Dänemark waren auch die Feststellungen der internationalen Wissenschaftler, daß nach einer völligen Einstellung der Atombombenversuche mit einer Verstärkung der radioaktiven Niederschläge zu rechnen ist. Die den Erdball besonders im Norden umkreisenden Strahlenströme haben ein höheres Maß von "fall out" herabrieseln lassen, als ursprünglich angenommen worden war. Besonders die sowjetrussischen Atomversuche im Eismeer sind in Skandinavien regelmäßig durch eine erhöhte Radioaktivität zu spüren.

Treffen der Weltpresse in Berlin

H.G.S. - Die letzte Generalversammlung der internationalen Weltpresse fand im vorigen Jahr in Washington statt. Man beschloß, im Jahre 1959 in West-Berlin zusammenzukommen. Nun rückt der Termin heran, und obwohl Berlin im Blick- und Brennpunkt der Weltpolitik gerade in diesen Tagen steht, wollen sich die Journalisten nicht abhalten lassen, die "interessanteste Stadt der Erde" in wenigen Tagen zu besuchen.

Man erwartet 250 Journalisten aus allen Ländern, auch viele Verleger und Chefredakteure großer Zeitungen. Schon jetzt laufen auch im "Verlagshaus Grunewald" die Vorbereitungen auf Hochtouren. Das "Internationale Presse-Institut Zürich" hat seine Abgesandten bereits in Berlin placiert, um die eintreffenden Teilnehmer aus 29 Nationen in ihre "Auffangstellungen" zu geleiten.

Im Mittelpunkt des Treffens steht ernste Arbeit. Dabei rückt ein Thema in den Vordergrund, das den Journalisten immer an den Nerv geht, und das für die Entfaltung und Bewahrung der Demokratie im Vordergrund stehen muß, solange es um die freie Meinung geht: "Die Freiheit der Presse". In Arbeitssitzungen wird die Pressefreiheit ebenso diskutiert werden, wie das Thema "Presse und Fernseher" oder redaktionelle Planungen.

Die Journalisten, die diesmal in Berlin zusammenkommen, werden etwa 110 Millionen Leser vertreten. Jeder Leser aber will in seinem Blatt das Neueste und das Wahre lesen. Es ist nötig und wichtig, daß sich die Zeitungslaute zu einer Phalanx zusammenschließen, die einmal gewährt, daß die freie Nachrichtenübermittlung verbürgt ist, dann aber auch, daß die freie Meinung in der Zeitung in Kommentar und Bericht ausgedrückt werden kann. Es gab in jüngster Zeit so manchen Versuch, über eine "Lex Soraya" und andere Legaten die Pressefreiheit zu ersticken oder einzuengen, wozu immer wieder auch die Gerichte benutzt wurden.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, einst selbst Journalist, wird diese Tagung eröffnen. Und die Zeitungslaute aus Oslo, Hongkong, Tokio, Manila, Paris, London, Stockholm, Amsterdam und vielen anderen Weltstädten, sogar aus Pakistan und Indonesien, werden aufmerksam lauschen, was man in der freiheitlichen Stadt, die um ihr freies Wort ringt, zum Thema "Pressefreiheit" zu sagen weiß.

Martha Fuchs - Oberbürgermeisterin in Braunschweig

B.B. Der Rat der Stadt Braunschweig wählt am Mittwoch, den 27. Mai, einen neuen Oberbürgermeister. Die Wahl ist notwendig geworden, nachdem der bisherige langjährige Oberbürgermeister der Stadt, Otto Bennemann, als Innenminister in die Landesregierung Hinrich Kopfs einzog.

Das Bedeutsame an dieser Wahl ist, daß der Kandidat für das Amt des ersten Bürgers der Stadt Braunschweig eine Frau ist. Die Ratsfraktion der Sozialdemokratischen Partei nominierte Frau Martha Fuchs. Die Wahl von Martha Fuchs gilt als gesichert, da die SPD im Rat der Stadt über die absolute Mehrheit verfügt.

Doch nicht nur deshalb gilt die Wahl als entschieden. Martha Fuchs erfreut sich weit über die Grenzen der Stadt hinaus großer Popularität und Achtung. Am 1. Oktober 1892 in Grubschütz bei Pautzen geboren, gehörte sie bereits 1926 der SPD-Fraktion im Braunschweiger Stadtparlament an. 1927 zog sie in den damaligen Braunschweigischen Landtag ein. Ihr Beruf als Gewerbekontrollleurin wurde ihr 1933 von den Nazis genommen. 1944 wurde sie in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht. Mit ruinierter Gesundheit, doch geistig ungebrochen, nahm sie 1945 sofort die politische Arbeit wieder auf. Sie wurde wiederum Mitglied des Stadtparlaments von Braunschweig und 1946 niedersächsische Landtagsabgeordnete. Im gleichen Jahre wurde ihr das Amt des Ministers für Wissenschaft und Volkshildung übertragen und einige Zeit später das des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen im Lande Niedersachsen. Seit 1952 wirkt sie wieder im Rat der Stadt Braunschweig, aus dem sie kaum fortzudenken ist.

Martha Fuchs ist in Sachsen in einer sozialdemokratischen Familie großgeworden. Kindheit und Jugend waren durch Arbeit gekennzeichnet. Auch späterhin blieben ihr Entbehrungen und Existenzsorgen nicht erspart. 1930 starb ihr Mann, Georg Fuchs, Redakteur der Braunschweiger sozialdemokratischen Tageszeitung. Drei Kinder zog sie in schweren Zeiten allein groß. Während des Krieges übernahm sie die Sorge für zwei Enkelkinder. Aus eigener Kraft schuf sie sich ein umfangreiches Wissen. Trotz ihres harten und kampfbewegten Lebens bewahrte sie sich nicht nur mütterliche Liebe und Verständnis für den Nächsten, sondern auch Heiterkeit und den treffenden Witz, der ihr die Sympathie ihrer politischen Freunde wie die ihrer Gegner sichert.

### Jugend in der Obhut der AWO

Junge Menschen in einem Flüchtlingslager, das heißt: Junge Menschen in Gefahr! Wer von ihnen nicht das Glück hat, draußen irgendeine Beschäftigung zu finden, schleppt die Langeweile durch den grauen Lageralltag. Und wer müßig durch Barackengassen schlendern muß, bei dem nistet sich leicht die Enttäuschung ein. Enttäuschung über den "goldenen Westen", der gar nicht halten konnte, was sich der junge Mensch von ihm versprach. Verwaltungsmaßnahmen und Etatpositionen allein reichen nämlich nicht aus, um diese Versprengten des Kalten Krieges bei uns Wurzel finden zu lassen. Einen solchen Versuch erlebten wir bei der Jugendbetreuungsstelle der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Hauptdurchgangslager für Flüchtlinge in Wipperfürth (Rheinland).

Noch nicht ganz zwei Jahre besteht diese Jugendbetreuungsstelle. Und doch ist es einer jungen Frau gelungen, hier mit Energie und Tatkraft eine Sache aufzubauen, die bei einem kürzlich vorgenommenen Besuch von Vertretern des Bundesfamilienministeriums größte Beachtung fand. Es begann am 15. September 1957 mit einem einzigen kleinen Raum, der in einer Lagerbaracke frei gemacht werden konnte. Als die Fürsorgerin der Arbeiterwohlfahrt mit einem Herzen voller guter Absichten diesen winzigen Büroraum bezog, war dies das erste Mal seit Bestehen des Lagers, daß sich jemand speziell der Nöte der jungen Flüchtlinge annehmen wollte. Die Tatsache, daß damit eine fühlbare Lücke in der Flüchtlingsbetreuung im Lager Wipperfürth geschlossen wurde, hatte auch das Bundessozialministerium veranlaßt, der AWO hier die Arbeitserlaubnis zu erteilen.

Aber was war das zunächst für eine Arbeit? Sicher war es der Lagerverwaltung am Anfang nicht möglich, weitere Räume zur Verfügung zu stellen. In dem einen kleinen Zimmer war es jedoch nicht möglich, eine geordnete Jugendarbeit zu treiben. Jugendarbeit in einem Lager heißt nämlich in erster Linie: Bildung von Interessengemeinschaften. Gruppen im eigentlichen Sinn können infolge des ständigen Kommens und Gehens nicht zusammenwachsen. Zum Basteln oder Nähen aber fehlte - wie gesagt - der Platz.

Doch die Fürsorgerin ließ sich von diesen Anfangsschwierigkeiten nicht ins Bockshorn jagen. Sie ging von Baracke zu Baracke, von Un-

terkunft zu Unterkunft, und machte die alltäglichen Sorgen der Jugendlichen und schließlich auch der Familien zu ihren eigenen. Sie verschaffte dem einen einen Erholungsaufenthalt, dem anderen eine Lehrstelle. Sie verteilte, was ihr an Spendenmitteln zur Verfügung stand. Sie fand heraus, daß die Flüchtlinge an einer ausgesprochenen Behörden-scheu litten. Sie half die kürzesten Amtswege finden und Anträge an die geeigneten Stellen dirigieren. Sie nutzte die Wartezeit der Jugendlichen im Lager, um die Aufnahme in den Gemeinden und an den Arbeitsstellen vorzubereiten und die Wohnungsfrage zu regeln. Sie tat, was in ihren Kräften stand, um den jungen Menschen die Eingewöhnung in den neuen Lebensraum zu erleichtern.

Schließlich gelang es mit dem Entgegenkommen der Lagerleitung, einen zweiten Raum zu bekommen. Das war ein halbes Jahr später. Das Zimmer wurde für Bastelarbeiten hergerichtet, und mit einem Schlägel waren die Jungen da. Hier ist nicht allzuviel verboten. Die Burschen können aus und ein gehen, wie es ihnen paßt. Werkzeuge, Baupläne und Material stehen ihnen zur Verfügung, und es bedarf gar keines besonderen Zuredens, damit sie sich ganz in den Bau eines winzigen Segelschiffs oder eines behäbigen Dampfers versenken. Von ihnen unbemerkt wird es erreicht: Sie bekommen eine Aufgabe, die sie ausfüllt. Ihre sozialen Fähigkeiten werden geweckt, und sie werden aus den Unzuträglichkeiten des Lagerlebens herausgenommen.

Erst kürzlich konnte die Arbeiterwohlfahrt im Lager einen dritten Raum in Benutzung nehmen, den die Fürsorgerin mit viel Geschick und Geschmack als Jugendklubraum ausgestattet hat. Hier sollen sich die Jugendlichen nach freiem Ermessen in einer netten Umgebung aufhalten und mit guter Literatur beschäftigen können. In der neu zusammengestellten Bücherei stehen einige wenige Romane und in der Hauptsache gute Tiergeschichten, Abenteuererzählungen und Geschichten für junge Mädchen zur Verfügung. Was noch fehlt, ist eine der Bastelei entsprechende Interessengemeinschaft für die Mädchen. Der Fürsorgerin schwebt die Einrichtung eines Nähkurses vor. Dazu fehlt jedoch bis jetzt noch eine Nähmaschine. Am Platze wäre auch eine geeignete Modeberatung, die die Mädchen in die Lage versetzen würde, nach den Jahren des Einheitsschnitts aus dem westlichen Angebot eine vernünftige Wahl zu treffen. Bis dahin wird noch einige Zeit vergehen. Doch ist nach dem Erreichten nicht daran zu zweifeln, daß auch das gelingt.

+ + + Aus "Der Flüchtling"